

Es gilt das gesprochene Wort

Haushaltsrede 2026 Stadtkämmerer G. Ochs

In der Zange

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Salomo,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrte Damen und Herren,

„5 vor 12“ lautete der Titel der Haushaltsrede letztes Jahr, inzwischen sitzen wir in der Zange. Abhängig von Zuweisungen Dritter, keine ausreichende Finanzkraft, um Investitionen mit einem angemessenen Anteil mitzufinanzieren und noch nicht einmal in der Lage, die Abschreibungen zu erwirtschaften. So könnte man die Situation zusammenfassen.

Deutschland dümpelt beim Wirtschaftswachstum weiter vor sich hin und zählt Immer noch zu den Schlusslichtern in Europa. In der Rangfolge der G7-Staaten ist Deutschland letzter und weltweit liegt Deutschland beim Wirtschaftswachstum auf Platz 24 der führenden Industrieländer. Die Bundesregierung prognostiziert nun ein Wachstum von 1,3 % für 2026. In 2027 wird ein Wachstum von 1,7 % vorausgesagt.

Das Wachstum in 2026 soll hauptsächlich durch eine erhöhte Binnennachfrage erreicht werden, nicht mehr durch eine Stärkung der Exportwirtschaft. Grundlage für das Wachstum sollen Lohnsteigerungen und Entlastungen beim verfügbaren Einkommen der Privathaushalte sein. Ebenfalls sollen die hohen milliarden schweren Ausgaben des Sondervermögens für Infrastruktur, Klimamaßnahmen und Verteidigung entsprechendes Wachstum generieren, also staatlich gelenkte Programme. Um das Wachstum längerfristig zu sichern, ist eine Senkung von Energiekosten, Bürokratieabbau und die Ermöglichung von Innovationen geplant.

Die derzeitige Inflationsrate beträgt 2,4 %. Das heißt, dass bei dieser Inflationsrate das Wachstum mehr als aufgezehrt wird.

Für die Baden-Württembergischen Städte, Gemeinden und Landkreise brechen harte Zeiten an. Die Bertelsmann-Stiftung berichtet im Finanzreport vom 30.07.25 zu den kommunalen Finanzen vom größten Defizit der Geschichte. Wir prangern diese Zustände bereits seit Jahren an, nun treten sie ein. Das Defizit 2024 der Städte, Gemeinden und Landkreise in Baden-Württemberg beträgt 3,1 Mrd. Euro – das schlechteste Ergebnis seit dem Zweiten Weltkrieg. In den ersten drei Monaten des Jahres 2025 liegt das Minus bei bereits 2,4 Mrd. Euro – der negative Trend hält also unvermindert an. Die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist bei diesen Werten bedroht. Vor allem stark steigende Sozialleistungen, Personal- und Sachaufwand steigen und steigen. Auch ein Punkt, der schon lange kritisiert wird, ist die anhaltende Übertragung von Aufgaben von Bund und Land ohne eine annähernd ausreichende Finanzierung. Die Folge ist, dass Investitionen mehr und mehr zusammengestrichen werden.

Endlich hat sich dies auch bis zur Landesregierung herumgesprochen – Ministerpräsident Kretschmann erkannte die schwierige Lage der Kommunalfinanzen in seiner letzten Rede bei der 43. Zusammenkunft des Landkreistags an – Zitat: „... die Lage sei ernst.“

Am 10. Oktober, also erst in der letzten Woche, wurden die Eckdaten für die Verteilung der Mittel aus dem 100-Mrd.-Euro-Paket des Bundes aus dem Sondervermögen des Bundes zwischen den Kommunalen Landesverbänden und dem Land wie folgt vereinbart:

- Baden-Württemberg erhält nach dem Königsteiner Schlüssel 13,1 Mrd. Euro über einen Zeitraum von 12 Jahren verteilt.
- von den 13,1 Mrd. Euro werden den Kommunen 67 % weitergeben, was 8,75 Mrd. Euro entspricht; diese sind für Investitionen zu verwenden und werden nur nach Vorlage von Belegen ausgezahlt
- das Land gibt weitere 550 Mio. Euro zusätzlich im Jahr 2025 und 2026 über den Finanzausgleich an die Kommunen
- die Stadt- und Landkreise erhalten 175 Mio. Euro als Kompensation für die Mehrausgaben durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) und Inklusionsausgleichsgesetz sowie für die Sonderpädagogischen Beratungszentren einmalig 47 Mio. Euro
- für die Ganztagsbetreuung an Schulen erhalten die Städte und Gemeinden einen Anteil von 68 %

Wie sich dies konkret auf den Haushalt der Stadt Heidenheim auswirkt, kann momentan noch nicht genau gerechnet werden. Das Land wird zunächst einen Nachtrag erstellen, der voraussichtlich Mitte November 2025 vom Kabinett verabschiedet wird und dann vom Landtag zu beschließen ist. Bis dahin werden sicherlich die Einzelheiten und Auswirkungen bekannt sein. Momentan sind diese Verbesserungen nur bei den Investitionen für den Ganztagsbetrieb an Schulen im Haushalt hinterlegt. Sie sind aber noch nicht abschließend geplant, berechnet und nur zum Teil veranschlagt.

Verbessert hat sich auch die Bekanntgabe der Orientierungsdaten durch das Finanzministerium; diese liegen nun seit Juli 2025 vor und sind im Haushaltsplan 2026 eingearbeitet worden. Die Werte für den Finanzplanungszeitraum ab 2027 sind allerdings weitgehend und bestmöglich geschätzt, da hierfür noch keine offiziellen Zahlen bekannt gegeben wurden.

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich in diesem Jahr nicht wesentlich verbessert. Im Gegenteil, Automobilindustrie und -zulieferer melden drastische Gewinnrückgänge, fahren ihre Produktion entsprechend zurück und streichen Arbeitsplätze. Nicht nur hier, sondern auch in Batteriefabriken für die Elektromobilität, wie man kürzlich im nicht weit entfernten Aichtal mitbekommen konnte. Erste Chemiewerke in Nordrhein-Westfalen schließen angesichts hoher Energiepreise und billiger Konkurrenz aus Fernost die Produktion. Bleibt zu hoffen, dass unsere so wichtiger Maschinen- und Anlagenbranche die Innovationskraft und den Erfindungsgeist behält, um Weltmarktführer zu bleiben.

Die Haushaltssituation 2026 in Heidenheim liegt beim heute eingebrachten Entwurf im roten Bereich. Wir können uns nur sehr schwer zwischen Vorgaben von Bund und Land sowie eigenen Interessen bewegen – sind quasi hauptsächlich von äußeren Einflüssen eingezwängt und investieren vor allem bei den begonnenen Maßnahmen weiter. Neue Investitionen sind wegen dieser sehr engen Spielräume nur schwierig anzugehen und einzuplanen. Im Nachtrag 2025 mussten wir Kostensteigerungen von mehr als 16 Mio. Euro bei den Investitionen verkraften, die sich durch eine entsprechende Erhöhung der Verpflichtungsermächtigungen ausgedrückt haben. Dank starker Gewerbesteuererinnahmen in 2024 und 2025 können wir allerdings von einer guten Liquiditätslage ausgehen, so dass der Haushalt wieder eine hohe Investitionsrate enthält. Allerdings können wir mit den veranschlagten Erträgen die Investitionen immer noch nicht aus dem laufenden Haushalt mitfinanzieren. Auch die Erwirtschaftung der Abschreibungen gelingt wieder nicht. Ich komme später noch darauf zurück.

Unsere überdurchschnittliche Liquiditätsausstattung darf nach wie vor nicht darüber hinwegtäuschen, dass unsere Stadt bei der laufenden Ertragslage immer noch unterdurchschnittlich ausgestattet ist. Hauptursache für die verbesserte Liquidität ist wie in den Vorjahren auch ein verzögerter Mittelabfluss bei den größeren Investitionsmaßnahmen.

Wir mussten bei den Mittelanmeldungen für 2026 wieder Anmeldungen von den Fachbereichen konsequent herunternehmen, um ein ansatzweise genehmigungsfähiges Zahlenwerk zu erhalten. Die gute Liquidität hilft sehr, nicht aber, wie vorhin bereits erwähnt, bei den grundsätzlichen Zahlen im Ergebnishaushalt. Nach wie vor sind hohe Liquiditätsentnahmen und Kreditaufnahmen notwendig.

Im Haushaltsplanentwurf sind überwiegend begonnene Investitionen bei den Pflichtaufgaben enthalten. Im freiwilligen Aufgabenbereich investieren wir hauptsächlich in bestehende öffentliche Einrichtungen. Einige andere dringende Investitionen konnten dagegen nicht in die Finanzplanung aufgenommen werden, wobei wir für den Neubau der Städtischen Betriebe zumindest eine Planungsrate eingestellt und bei der Ganztagsbetreuung an Schulen Beträge aufgenommen haben.

Die Gewerbesteuerzahlen der Jahre 2023 und 2024 machen Mut und sind glücklicherweise deutlich höher als erwartet ausgefallen. Auch 2025 läuft entgegen dem landesweiten Trend sehr gut und wir hoffen, dass dies bis Jahresende anhält und nicht doch noch ein Rückgang kommt. Insgesamt wäre es wünschenswert, dass sich das derzeitige Gewerbesteuerniveau verstetigt, um die anfallenden allgemeinen Kostensteigerungen kompensieren zu können. Dies ist auch vor dem Hintergrund des vergleichsweise unterdurchschnittlichen Gemeindeanteils an der Einkommensteuer notwendig. Bei der Gewerbesteuer veranschlagen wir vorsichtig 30 Mio. Euro.

Ich nehme an dieser Stelle vorweg, dass Herr Oberbürgermeister Salomo in seiner Rede betonen wird, keine Hebesatzveränderungen für den Haushalt 2026 vorzuschlagen.

Auch in der Finanzplanung haben wir keine Erhöhungen des Hebesatzes bei der Gewerbe- und Grundsteuer veranschlagt. Die höher angesetzten Beträge bei der Gewerbesteuer im späteren Finanzplanungszeitraum könnten auch ohne Hebesatzerhöhung erreicht werden, wenn die Konjunktur wieder besser läuft.

Verhältnis Bund – Land – Kommunen

Zum Bundeshaushalt ist festzuhalten, dass er für das Jahr 2025 erst im September aufgrund des Regierungswechsels verabschiedet wurde. Rekordinvestitionen von 115 Mrd. Euro werden mit Rekordschulden von 81,8 Mrd. Euro finanziert.

Der Entwurf des Bundeshaushalts 2026 mit einem Volumen von 520,5 Mrd. Euro steht unter dem Motto „Investieren, reformieren, konsolidieren“. Er ist von der schwachen Konjunktur, nochmals höheren Sozialaufwendungen als 2025 mit nun 37,9 % und einer Auflösung der noch bis 2024 geltenden Schuldenbremse geprägt. Zentrales Ziel ist die Priorisierung von Investitionen, Struktur-reformen und Konsolidierung, um in Zukunft wieder mehr Spielräume zu haben. Die Kreditaufnahme beim Bund steht bei 89,9 Mrd. Euro. Hinzu kommt das sogenannte Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) außerhalb des Haushalts von 500 Mrd. Euro, von dem 100 Mrd. Euro nach dem Königsteiner Schlüssel auf die Länder verteilt werden.

Hohe Investitionen in Forschung, Bildung und Betreuung werden fortgeführt. Der Ganztagsausbau wird vom Bund mit insgesamt 3,5 Mrd. Euro veranschlagt. Der Digitalpakt Schule wird weiter betrieben. Für die Förderung von bezahlbarem Wohnraum sind 4 Mrd. Euro und im SVIK 2,7 Mrd. Euro für Neubau- und Sanierungsprogramme enthalten. Die Städtebauförderung wird mit 1 Mrd. Euro veranschlagt.

An Investitionen sind für den Bund Beträge von insgesamt 166 Mrd. Euro zwischen 2025 bis 2029 veranschlagt. In 2026 sind es ca. 34 Mrd. Euro für Schiene, Straßen und Wasserstraßen. 36 Mrd. Euro sind für Programme des Klimaschutzes im KTF vorgesehen.

Die Netto-Neuverschuldung für 2026 ist mehr als doppelt so hoch als noch 2025 veranschlagt. Die Schuldenbremse ist aufgehoben. Die Schuldenquote lag 2024 bei 62,5 % des BIP, also über dem im Maastricht-Vertrag der EU vereinbarten Wert von 60 %.

Der Doppelhaushalt 2025/2026 des Landes Baden-Württemberg gilt nach wie vor; er hat ein Volumen von 135 Mrd. Euro. Größte Bereiche sind Bildung und Sport mit 29,56 Mrd. Euro, Sicherheit und Digitalisierung und Forschung, Wissenschaft und Kunst.

Von der Entlastungsallianz der Kommunalen Landesverbände, des Landes und der Wirtschafts- und Finanzverbände vom 13.07.23 hört man nicht mehr viel. Nach wie vor haben wir eine überbordende Bürokratie, zu viele ineffiziente Verfahren und zu viele von Bund und Land zugewiesene Aufgaben mit Deckungslücken, wie die 68 % beim Ganztagsausbau an Schulen zeigen.

An der Situation, dass die Kommunen bei der Ganztagsbetreuung an Schulen in den nächsten Jahren erhebliche Milliarden-Beträge vorfinanzieren, hat sich nichts geändert. Fest steht nun, dass es für die Investitionen eine Förderung von 70 % geben wird. Millionen-Beträge werden damit auch in Heidenheim nicht gefördert. Bestellen und andere bezahlen lassen ist das Ergebnis – die kommunalen Vertreter in der Gemeinsamen Finanzkommission zwischen Kommunalen Landesverbänden und dem Land konnten angesichts dieser Grundsatzpolitik keine besseren Ergebnisse erzielen. Die auskömmliche Finanzierung der Kliniken und damit auch des Heidenheimer Klinikums wurde auch noch nicht geregelt. Hohe Kreisumlagebeträge für diesen Bereich sind daher vorprogrammiert, um die Verluste abdecken zu können.

Die Verlagerung von Aufgabendefiziten auf die kommunale Seite war in den vergangenen drei Legislaturperioden Programm des Landes. Bleibt zu hoffen, dass es in der nächsten Legislaturperiode wieder eine engere Partnerschaft zwischen Land und Kommunen geben wird, egal wer die Regierung bildet.

Wir warten nun gespannt auf die Ergebnisse der anstehenden Herbst-Steuerschätzung 2026 und die konkreten, auf Heidenheim und den Landkreis heruntergebrochene Ergebnisse der Vereinbarung der Gemeinsamen Finanzkommission von letzter Woche.

Rückblick auf das Haushaltsjahr 2025

In 2025 haben wir einen Nachtrag beschlossen. Die Haushaltssituation 2025 hat sich dank höherer Gewerbesteuererträge deutlich verbessert. Die Mehrerträge werden allerdings fast vollständig für Mehraufwendungen bei den Investitionen benötigt – so wurden die Verpflichtungsermächtigungen um 8,1 Mio. Euro erhöht. Übrig gebliebene Überschüsse werden der Liquidität zugeführt. Da die Gewerbesteuer eine stark schwankende Ertragsposition ist, bleibt abzuwarten, was am Ende des Jahres feststeht. Ein negativer Ergebnishaushalt wird voraussichtlich nicht eintreten, was unsere Ausgangssituation für 2026 zumindest von der Liquiditätssicht her deutlich verbessert.

Haushalt 2026

1. Ergebnishaushalt

Die Gesamterträge im Ergebnishaushalt liegen bei 177,6 Mio. Euro, die Aufwendungen bei 213,2 Mio. Euro. Das ordentliche Ergebnis ist also wieder negativ – es liegt bei rekordverdächtigen - 35,632 Mio. Euro.

Der Aufwand für Abschreibungen ist hier mit 14,3 Mio. Euro enthalten, ebenfalls die Auflösung von Zuschüssen mit 3,67 Mio. Euro. Die Abschreibungen, gleichbedeutend für den Ressourcenverbrauch unseres Anlagevermögens, können überhaupt nicht mehr aus dem Laufenden erwirtschaftet werden – wir leben in 2026 erheblich von der Substanz und von der Liquidität, die wir angesichts langsamer abfließender Mittel im Finanzhaushalt und guter Gewerbesteuerergebnisse aus Vorjahren vor uns herschieben. Unsere Haushaltswirtschaft ist erst recht nicht in der Lage, aus der laufenden Tätigkeit einen Überschuss für die notwendigen Investitionen und den Aufbau von Liquidität zum Ende des Finanzplanungszeitraums zu erwirtschaften – seit Jahren das bekannte Alarmsignal. Generationengerechtigkeit findet im Haushalt nicht statt. Herabsetzung von Standards und verbundene Kürzungen bei den Aufwendungen sind unausweichlich. Das drückt sich auch in den letzten Haushaltserlassen für den Haushalt und den Nachtrag 2025 klar aus. Wir müssen uns auch von der Ausgabenseite daran machen, die Finanzen der Stadt mittel- und langfristig zu sichern. Die Gewerbesteuer setzen wir angesichts von Einmaleffekten der letzten beiden Jahre auf 30 Mio. Euro. Wegen der verhaltenen Konjunkturaussichten mit Auswirkungen auf die vor Ort tätigen Unternehmen ist sie vorsichtig veranschlagt. Der Wert ist angesichts der Größe und den Aufgaben einer modernen Industriestadt wie Heidenheim zu niedrig.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer liegt mit 31,9 Mio. Euro wieder über dem Gewerbesteueransatz.

Die Schlüsselzuweisungen werden entsprechend der FAG-Systematik mit 29,1 Mio. Euro veranschlagt, was 11,7 Mio. Euro weniger als noch 2025 sind. Dies ist eine der Ursachen für das äußerst schlechte ordentliche Ergebnis. Generell ist die Ertragsseite, wie bereits erwähnt, zu niedrig bei einer zu hohen Aufwandsseite. Die Folgen sind der ebenfalls bereits angesprochene Liquiditätsabbau und die Zunahme der Verschuldung im Finanzplanungszeitraum.

Wichtigste Erträge sind die Steuereinnahmen und ähnliche Abgaben. Sie liegen in 2026 insgesamt bei 81,79 Mio. Euro. Das sind 3,7 Mio. Euro weniger als im Nachtrag 2025.

Der Einkommensteueranteil liegt um 1 Mio. Euro höher als der Nachtragswert von 2025. Den Umsatzsteueranteil können wir mit 5,9 Mio. Euro veranschlagen, was 146.000 Euro über dem Wert von 2025 ist.

Bei der Kreisumlage rechnen wir mit einem Hebesatz von 35,5 % und müssen dennoch den Rekordwert von 41 Mio. Euro veranschlagen, was 9,4 Mio. Euro mehr als noch 2025 sind. Gegenüber 2024 sind es nun 10 Mio. Euro mehr, innerhalb von 2 Jahren also eine Steigerung von 33 %! Nach den Personalaufwendungen ist die Kreisumlage unsere größte Kostenposition im laufenden Betrieb. Die Finanzausgleichsumlage liegt in 2026 bei 25,8 Mio. Euro und ist damit auch 6,1 Mio. Euro höher als 2025. Die Steigerungen bei der Kreisumlage und der FAG-Umlage betragen also 16,1 Mio. Euro und stellen damit fast die Hälfte des negativen ordentlichen Ergebnisses dar.

Die Schlüsselzuweisungen liegen bei 29,1 Mio. Euro, was 11,74 Mio. Euro weniger als 2025 sind. Eine Sockelgarantie ist in 2026 nicht mehr enthalten. Hier drückt sich die bessere Steuerkraft aus dem Jahr 2024 aus. In der Finanzplanung können wir nach derzeitigem Stand in 2027 nur 27,9 Mio. Euro veranschlagen, weil die höhere Steuerkraft aus 2025 dann diesem Jahr zu Grunde gelegt wird.

Bei der Ertragssituation haben wir also nach wie vor ein unzureichendes und unbefriedigendes Ergebnis.

Der Personalaufwand liegt bei 60,85 Mio. Euro, also erstmals deutlich über der 60 Mio.-Euro-Grenze. Dies entspricht 2,3 Mio. Euro an Steigerung, und dies nach einer Erhöhung im Vorjahr um bereits 1,1 Mio. Euro. Hauptursachen sind die Tarifsteigerungen und leichten Stellenmehrungen aufgrund von Aufgabenzuwächsen. Zu berücksichtigen ist allerdings auch, dass hier 2,1 Mio. Euro an verauslagten Personalkosten für Dritte enthalten sind, die erstattet werden.

Gas- und Strompreise bewegen sich weiter auf hohem Niveau – von der Herabsetzung der Stromsteuer profitieren die Städte und Gemeinden nicht.

Die meisten finanziellen Ressourcen werden im Teilhaushalt Familie, Bildung und Sport mit einem Nettoressourcenverbrauch von nun 36,445 Mio. Euro benötigt, was 1,1 Mio. Euro mehr als 2025 sind. Der Baubereich folgt mit 14,15 Mio. Euro (1,9 Mio. Euro mehr als 2025) und dem Bürgerservice mit 9,35 Mio. Euro (648.000 Euro mehr als 2025). Im Kulturbereich sind 7,5 Mio. Euro veranschlagt (83.000 Euro mehr als 2025).

Wir liegen, wie bereits erwähnt, mit diesen Werten über den finanziellen Möglichkeiten, und dies seit Jahren. Daher hat die Stadtkämmerei im Juni dieses Jahres zu Budgeteinsparungen aufgefordert, so dass alle Budgetverantwortlichen nun dazu aufgerufen sind, in ihren Bereichen Einsparmöglichkeiten ausfindig zu machen und sie gemeinsam mit der Verwaltungsspitze und dem Gemeinderat umzusetzen. Wir sind ansonsten weit von ausgeglichenen ordentlichen Ergebnissen im Finanzplanungszeitraum entfernt. Die bereits im letzten Jahr angesprochene Haushaltskonsolidierung muss angesichts unserer Zahlen und vor dem Hintergrund der schlechten Wachstumsraten endlich vorgenommen werden! Nur so kommen wir aus dem Zangengriff aus von außen auferlegten Aufgaben mit unzureichender Finanzausstattung und bestehender Ertragsschwäche für unsere ohnehin zu erledigenden Aufgaben heraus.

Nach wie vor scheint es uns noch zu gut zu gehen und wir hatten in den letzten Jahren Glück, dass unsere Gewerbebetriebe überplanmäßige Gewbesteuer an die Stadt bezahlen konnten. Die Frage stellt sich nun aber mehr und mehr, ob wir sehenden Auges die vielen freiwilligen Aufgaben mit hohem Ressourcenverbrauch weiter betreiben und im Pflichtaufgabenbereich dafür Einschränkungen akzeptieren wollen. Wir erfüllen unsere Aufgaben immer noch auf einem hohen Niveau mit überdurchschnittlichen Standards. Angesichts der Daten dieses Haushaltsentwurfs müssen wir weiter daran arbeiten, eine Aufgabenkritik tatsächlich anzugehen und nicht nur zu präsentieren, vorzustellen und anzudiskutieren. Die Übernahme von neuen freiwilligen Aufgaben scheidet aus Sicht der Stadtkämmerei daher aus. Gebührenerhöhungen sind neben den Steuererhöhungen ebenfalls im rechtlichen Rahmen auszuschöpfen.

2. Finanzhaushalt

Wir investieren 59,5 Mio. Euro im Haushaltsjahr 2026.

Herr Oberbürgermeister Salomo stellt die größten Investitionen nachher vor, so dass ich mich auf die Eckdaten beschränke:

Insgesamt gehen unsere Investitionen deutlich über den Substanzerhalt hinaus. Allein die Bauinvestitionen kommen auf 49,4 Mio. Euro.

Die Netto-Kreditaufnahme für unsere Investitionen liegt 2026 bei 14,9 Mio. Euro. Das Umfeld für zusätzliche Darlehensaufnahmen ist wieder etwas günstiger geworden. Die Darlehen werden für Investitionen in gebührenfinanzierte Aufgabenbereiche verwendet. Durch die zusätzliche Darlehensaufnahme in 2026 rechnen wir mit einer Zinsbelastung von insgesamt 1,8 Mio. Euro.

Der Liquiditätsabbau von 47,6 Mio. Euro ist, wie bereits erwähnt, eine logische Folge von unzureichender Deckung aus dem laufenden Ergebnishaushalt und hauptsächlich noch abzuarbeitenden Investitionen aus den Vorjahren mit den bekannten Kostensteigerungen. Die liquiden Mittel werden am Jahresende dennoch bei voraussichtlich 57,4 Mio. Euro liegen, also 54 Mio. Euro über dem Mindestbestand und 10 Mio. Euro unter dem geplanten Schuldenstand.

3. Mittelfristige Finanzplanung

2027 bis 2029 sind Baumaßnahmen von insgesamt 72,2 Mio. Euro vorgesehen. Die Abschreibungen steigen im Finanzplanungszeitraum auf 17,5 Mio. Euro. Das ist auch noch einmal ein Grund, warum wir mittelfristig höhere Erträge benötigen und laufende Aufwendungen einsparen müssen. Das negative Gesamtergebnis in 2029 beläuft sich auf stattliche 12 Mio. Euro. Besonders herausfordernd wird 2027 mit einem negativen ordentlichen Ergebnis von 39,1 Mio. Euro!

Grund hierfür ist die Anrechnung der hohen Steuerkraft aus 2025, was zu hohen Umlagen und niedrigen Zuweisungen führt. Die Gewbesteuer ist im Finanzplanungszeitraum mit 30 Mio. Euro in 2027, 36 Mio. Euro in 2028 und 38 Mio. Euro in 2029 veranschlagt. Wenn die hohen laufenden Defizite im Ergebnishaushalt nicht beseitigt werden können, werden wir wieder mit sehr ernstzunehmenden Hinweisen im Haushaltsgenehmigungsverfahren rechnen müssen. Die noch gute Liquidität hilft uns über den Finanzplanungszeitraum!

Bei den Investitionen konzentrieren wir uns überwiegend auf die bereits veranschlagten und in der Finanzplanung aufgeführten Maßnahmen; neue Themen können bei der jetzigen Situation nicht in die Planung kommen. Dieses Programm ist auch für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch anspruchsvoll genug; die Rathaussanierung, das Elmar-Doch-Haus und die Kläranlage binden erhebliche Personalressourcen, ebenfalls die kommenden Maßnahmen im Rahmen des Start-Chancen-Programms.

Größter Posten in der mittelfristigen Finanzplanung ist nach wie vor die Sanierung der Sammelkläranlage Mergelstetten mit 16,2 Mio. Euro.

Beim Wohnungsbau werden aus dem Haushalt in 2027 bis 2029 nochmals 800.000 Euro für die städtische Tochter SGWH zur Stärkung der Kapitalrücklage bereitgestellt, um das notwendige Eigenkapital für Projekte im geförderten Wohnungsbau zu haben. Im Bau sind derzeit zwei größere Projekte.

Für das große Investitionsprogramm wird die Liquidität fast bis auf den Mindestbestand abgebaut. Auch sind neue Darlehensaufnahmen notwendig. Es handelt sich um weitere 12,5 Mio. Euro von 2027 bis 2029, überwiegend für den gebührenfinanzierten Abwasserbereich. Die Zinsbelastung liegt Ende 2029 bei voraussichtlich 2,5 Mio. Euro.

Der Schuldenstand zum Ende des Jahres 2029 erhöht sich durch die neuen Darlehensaufnahmen auf 79,9 Mio. Euro. In den Vorjahren wurden die Kreditermächtigungen nur zu einem geringen Teil ausgeschöpft, so dass die Aufnahmen im Finanzplanungszeitraum überwiegend für „rentierliche“ Aufgabenbereiche vertretbar und geboten sind. Die liquiden Mittel werden am Ende des Finanzplanungszeitraums bei 10,4 Mio. Euro liegen.

Im Finanzplanungszeitraum haben wir wieder nur maßvolle Steigerungsraten bei den Personal- und Sachaufwendungen zwischen 1 und 3 % eingerechnet. Bei den Investitionen sind nicht alle Vorhaben im Finanzplanungszeitraum durchfinanziert, da Restbeträge erst in 2030 anfallen werden. Diese Vorhaben haben dann in der nächsten Planung absolute Priorität, d.h. bevor neue Vorhaben angegangen werden können, sind diese erst zu veranschlagen.

Verträglich ist dies dauerhaft nicht. Unvorhergesehene Verschlechterungen dürfen nicht eintreten. Die erhebliche Unterdeckung in der Finanzplanung und der Liquiditätsstand nur leicht über dem Mindeststand bleiben alarmierend! Konsolidierungsmaßnahmen sind anzugehen, beispielsweise die Kürzung von Zuschussbudgets.

4. Risiken

Als Risiko Nummer eins sehen wir immer noch die dürrtige Entwicklung der Konjunktur. Einzelne Betriebe haben auch in Heidenheim schon einen Stellenabbau angekündigt. Hohe Bürokratiekosten, Kosten für Energie und angekündigte steigende Lohnnebenkosten mit verbundenem Fachkräftemangel können gefährlich werden, so dass die FAG-Zuweisungen im Finanzplanungszeitraum sowie die wieder höher angesetzten Gewerbesteuererträge mit gewissen Risiken behaftet sind.

Die Hoffnung auf eine Entlastung für Kommunen wurde letzten Freitag wenigstens zum Teil erfüllt, allerdings aus unserer Sicht noch nicht zufriedenstellend. Eine Beteiligung von 68 % an den Kosten des Ganztagsbetriebs an Schulen ist einfach zu wenig, eine weitere dauerhafte Finanzierungslücke ist vorprogrammiert. Freiräume für die eigene Gestaltung der kommunalen Aufgabenerfüllung werden enger. Bisher konnten wir nur durch höhere Gewerbesteuererträge und die Ausschüttung von hohen Sonderdividenden von unserer Stadtwerke AG um Einschränkungen herumkommen. Dies ist nicht jedes Jahr möglich. Ausgabekürzungen sind unvermeidlich.

„Auf Sicht fahren“ ist angesagt, falls die Finanzausgleichsmassen im Finanzausgleich wegen der schlecht laufenden Konjunktur und steigender Arbeitslosigkeit abnehmen. Daher nochmals der dringende Appell wie in den Vorjahren, keine zusätzlichen freiwilligen und defizitären Aufgaben zuzulassen, dies konsequent zu vertreten und bestehende Freiwilligkeitsleistungen auf den Prüfstand zu stellen! Budgetkürzungen wurden von der Stadtkämmerei bereits angeordnet, hiervon werden wir auch in künftigen Haushalten nicht ablassen, solange sich die Situation nicht grundlegend bessert.

5. Fazit

Die Aufgaben, vor denen wir stehen, müssen mit immer weniger, dafür teurerem Personal oder mit Hilfe von Fachbüros bei gleichzeitig zurückgehenden finanziellen Mitteln erfüllt werden. Wir bleiben an der Grenze der personellen, sachlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit.

Von Bund und Land werden wir, wie bereits mehrfach erwähnt, mit zusätzlichen und dabei nicht auskömmlich finanzierten Aufgaben betraut. Dies macht es immer schwieriger, ohne Ertragssteigerungen im Steuer- und Gebührenbereich ausgeglichene Haushalte vorlegen zu können. Die so hoch gehaltene Nachhaltigkeit muss auch wieder bei den Finanzen in der Kommunal-, Landes- und Bundespolitik ihren angemessenen Stellenwert bekommen. Ansonsten drohen Geldentwertung, also Inflation, die Flucht in Sachwerte und Konsumzurückhaltung, die für die öffentlichen Haushalte sehr gefährlich werden können.

Die Steigerungen bei der Kreisumlage lassen die in den letzten Jahren aufgebaute Liquidität wie den Schnee in der Sonne schmelzen. Wir müssen deshalb durch Kürzungen auf der Aufwandseite gegensteuern. Sich auf andere zu verlassen, ist immer die schlechteste Option. Eine Liquidität bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums knapp über dem Mindestbestand mit der Aussicht auf weiteren Abbau, Kreditaufnahmen bis zu einem Schuldenstand von nur knapp unter 80 Mio. Euro in 2029 und jährlichen Zinsen von 2,5 Mio. Euro zeichnen sich ab. Das Haushaltsgenehmigungsverfahren wird daher dieses Jahr wieder nicht einfach. Wir müssen alles tun, um unsere Finanzhoheit zu behalten und auf die vergangenen Haushaltserlasse des Regierungspräsidiums in Form von Ausgabekürzungen eingehen.

Die Stadtkämmerei erwartet daher, dass die Aufgaben- und Standardkritik wieder aufgenommen und auch auf der Ausgabenseite nicht nur offen diskutiert wird, sondern konkrete Ergebnisse erzielt werden.

6. Dank

Mein Dank gilt neben den Dezernenten, Herrn Oberbürgermeister Salomo und Frau Bürgermeisterin Maiwald, all denjenigen, die mit dem Fachbereich Finanzen und Controlling mit seinen Kolleginnen und Kollegen konstruktiv, vertrauens- und respektvoll zusammenarbeiten und entscheidend dabei helfen, die Haushaltssituation im Griff zu behalten. Wir danken für das entgegengebrachte Vertrauen.

Bedanken möchte ich mich auch bei denjenigen, die den Fachbereich Finanzen und Controlling kritisch und konstruktiv begleiten, unterstützen, motivieren und gelegentlich dazu aufmuntern, ruhiger und gelassener angesichts der Situation zu bleiben.

Wie jedes Jahr gilt mein besonderer Dank wieder dem Team unseres Geschäftsbereichs Finanzverwaltung, vor allem Frau Wendland.

Ich freue mich auf die Haushaltsberatungen und danke für Ihre Aufmerksamkeit!